

Das Zitat



«Die Kleinsten haben wir neu entdeckt.»

Daniel Zimmermann, OK-Präsident des Hünenberger Velotags «Race of the Unicorns», freut sich unter anderem auf ein spezielles Rennen für Dreikäsehochs. 20

Datenschützer bleibt skeptisch

ÖFFENTLICHKEITSPRINZIP Seit wenigen Tagen gilt dieses Gesetz. Doch laut René Huber hat es einen zentralen Mangel. Ausserdem warnt er vor Kosten.

SAMANTHA TAYLOR
samantha.taylor@zugerzeitung.ch

Seit kurzem gehört auch Zug zu den Kantonen, die über eine offene Verwaltung und damit über das Öffentlichkeitsgesetz verfügen. Bürger können nun ein Gesuch stellen und Einblick in bestimmte Akten verlangen (wir berichteten). Das Gesetz soll bürgerfreundlich sein und einfachen Zugriff zu Dokumenten ermöglichen.

Doch genau diese Bürgerfreundlichkeit bezweifelt der kantonale Datenschutzbeauftragte René Huber. Seiner Ansicht nach liegt «kein besonders griffiges» Gesetz vor, wie er im Rechenschaftsbericht 2013 schreibt. Es sind vor allem zwei Punkte, die Huber kritisiert. Zum einen bemängelt er, dass der Verwaltung keine Fristen gesetzt wurden, innert welchen Zugangsgesuche zu Dokumenten behandelt werden müssen. Im Gesetz steht einzig, dass «möglichst rasch» entschieden werden muss. «Das ist sehr gummig. «Möglichst rasch» heisst gar nichts. Einen solchen Ausdruck muss man nicht ins Gesetz schreiben», findet Huber. Der Datenschützer hatte sich bereits bei der Ausarbeitung und in der vorberatenden Kommission dafür eingesetzt, dass Fristen festgeschrieben werden. Sein Anliegen fand aber kein Gehör. Es sei ihm nicht darum gegangen, die Verwaltungen unter Druck zu setzen. «Man hätte eine

Frist von 20, 30 oder gar 40 Tagen festsetzen können. Alles ist besser als das, was heute im Gesetz steht. So kann die Bearbeitung sehr lange dauern.»

«Rasch und kundenfreundlich»

Seitens der Sicherheitsdirektion weist man diese Kritik zurück. Gesetzliche Fristen zur Bearbeitung von Gesuchen wären nicht sinnvoll gewesen. «Eine solche starre Regelung hätte dem konkreten Einzelfall zu wenig Rechnung getragen», ist Elisabeth Heer, Generalsekretärin der

«Im Zweifelsfall werden Dokumente wohl lieber nicht rausgegeben.»

RENÉ HUBER, DATENSCHÜTZER

Sicherheitsdirektion, überzeugt. Einfache Gesuche könnten innert weniger Tage bearbeitet werden. Kompliziertere hingegen bräuchten mehr Zeit und könnten nicht innert pauschal gesetzter Fristen erledigt werden. Dass Bürger so hingehalten werden, glaubt Heer nicht. «Die Verwaltung handelt bereits bisher nach dem Grundsatz, Geschäfte möglichst rasch und kundenfreundlich zu erledigen. Das wird sich nicht ändern.»

Es sind aber nicht nur die fehlenden Fristen, die René Huber kritisiert. Er warnt auch davor, dass der Einblick in bisher geheime Unterlagen teuer werden kann. Zwar ist – so steht es im Gesetz – der Zugang zu Dokumenten grundsätzlich kostenlos. Bei «erheblichem Arbeitsaufwand» kann die Verwaltung aber kostendeckende Gebühren verlangen. Hier sei Vorsicht geboten, so Huber.

Dass man als Bürger zur Kasse gebeten wird, ist gemäss dem Datenschützer noch in einem anderen Fall möglich. Und zwar dann, wenn man mit dem Entscheid der Verwaltung unzufrieden ist. Konkret geht es um den Fall, wenn Unterlagen angefragt werden und die Behörde entscheidet, dass diese nicht rausgegeben werden können. Wer mit der Antwort nicht einverstanden sei, dem bleibe nur die Verwaltungsbeschwerde, erklärt Huber. «Man muss Beschwerde beim Regierungsrat einreichen, kann diese weiterziehen vor Verwaltungs- und schliesslich vor Bundesgericht.» Der Weg durch die Instanzen sei zeitaufwendig und kostspielig. «Allein eine Beschwerde beim Regierungsrat kann schnell 800 Franken, jene beim Verwaltungsgericht allenfalls weitere 1400 Franken kosten.» Huber hatte deshalb vergeblich vorgeschlagen, dass seine Stelle ein kostenloses Schlichtungsverfahren durchführt, wie es auch der Bund kennt.

Ständiger Balanceakt

Bei der Sicherheitsdirektion ist man auch in diesen Punkten anderer Meinung. Bezüglich der Kosten habe man zwar noch keine Erfahrungen, gehe aber davon aus, dass verlangte Unterlagen

meist nur wenige Seiten umfassen und nicht viel Arbeit verursachen. Und: «Die Verwaltung wird so arbeiten, dass erheblicher Aufwand und Gebühren für Kunden möglichst vermieden werden können», betont Elisabeth Heer. Beim Entscheid gegen die Schlichtungsstelle habe sich der Gesetzgeber folgende Überlegungen gemacht. «Bei einer nicht erfolgreichen Schlichtung hätte diese Stelle einzig die Kompetenz, Empfehlungen abzugeben, ohne dass damit ein behördlicher Entscheid rückgängig gemacht werden könnte. Für den Bürger würden so nur Verzögerungen entstehen, weil er anschliessend noch das ordentliche Beschwerdeverfahren durchlaufen müsste», erklärt Heer.

«Alles andere als trivial»

Der Datenschützer teilt diese Einschätzung nicht. Vielmehr ist er der Ansicht, dass eine Schlichtungsstelle sinnvoll gewesen wäre, weil Uneinigkeiten früh geklärt werden könnten. Er glaubt ausserdem, dass Bürger nicht selten unzufrieden mit einem Behördenentscheid sein werden. «Für die Verwaltungen sind es komplexe Entscheide, ob ein Dokument rausgegeben wird oder nicht.» Es sei also anzunehmen, dass die zuständigen Stellen im Zweifelsfall Dokumente lieber nicht rausgäben. «Die Verwaltung riskiert allenfalls eine Amtsgeheimnisverletzung.» Überhaupt mahnt Huber zur Vorsicht. Denn das Öffentlichkeitsgesetz bedeute einen ständigen Balanceakt. Huber: «Die Umsetzung des Gesetzes ist alles andere als trivial und stellt die Verwaltung vor anspruchsvolle Entscheide.»

«Das ist ganz wichtig – vor allem für die Menschenrechte»

CONCHITA WURST Nach ihrem Sieg schwappt eine Sympathiewelle über Europa. Fördert dieses Ereignis auch die sexuelle Toleranz in Zug?

«Ich finde das super, was sie da geschafft hat – denn sie hat eine tolle Stimme, sie ist eine tolle Person und hat eine tolle Ausstrahlung», ist der Zuger Hubert Erni voll des Lobes über den neuen Medienstar. Conchita Wurst hat bekanntlich am Wochenende den Eurovision Song Contest in Dänemark gewonnen. Erni ist bekennender Schwuler und hat vor sieben Jahren seinen Partner geheiratet. Der Wirt des «Blinker» in Cham befindet sich gerade in Hongkong. Er ist überzeugt, dass dieses Ereignis ganz wichtig für die weltweite Toleranz gegenüber Homosexuellen ist – «vor allem in Sachen Menschenrechte». «Denn in einigen Ländern hat das Verhalten gegenüber Schwulen wieder stark repressive Züge angenommen – im Kongo steht darauf beispielsweise die Todesstrafe, und in Russland werden diese Menschen diskriminiert», prangert der 60-Jährige an.

«Zug ist sehr tolerant»

Aber wie sieht es denn mit der Duldung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen in Zug aus? Von Schwulentreffs hört man nicht viel, und Homosexuelle halten sich in der Öffentlichkeit mit ihrem Coming-out offensichtlich sehr zurück. «Zug ist sehr tolerant», ist Erni trotzdem überzeugt. Er räumt aber ein, dass es etwa kein Lokal für Schwule in Zug gibt. «Eigentlich bedauere ich das aber nicht – denn ich finde es schöner, wenn es gemischt zugeht.» Er verneint auch nicht, dass viele Homosexuelle noch immer wegen des besseren Angebots lieber nach Luzern und Zürich gehen würden. Und dass es wohl auch in Zug noch immer Familien gebe, die wegen des Coming-outs ihrer Söhne und Töchter alles andere als begeistert seien. «Ich glaube aber nicht, dass jemand in Zug auf seine

Sexualität reduziert wird – schon allein wegen der starken internationalen Ausrichtung des Kantons.»

Nun mehr Offenheit?

In der Tat. In Zug können Homosexuelle ein ganz normales Leben führen. Solange es zurückgezogen bleibt – und kein Aufsehen erregt. Als Gemeindepolitiker. Als ehemaliger Geschäftsführer einer grossen Zuger Firma. Oder als lesbisches Pärchen, das in einem frisch renovierten Häuschen in einer schicken Einfamilienhausssiedlung lebt und nach Feierabend schüchtern händchenhaltend durchs Wohnquartier spaziert. Und seit letzten November gibt es mit «LesBiSchwul» auch einen neuen Treff «für lesbische, schwule und bisexuelle Menschen und deren Nahestehende», wie es auf der Homepage wörtlich heisst. «Homosexualität ist in Zug akzeptiert, aber niemand redet offen darüber», schiebt Erni nach.

Dennoch: Kann Conchita mit ihrer Offenheit vielleicht tatsächlich ein Zeichen setzen für mehr Toleranz? Jil Lüscher, eine Luzerner Journalistin, die 56 Jahre ihres Lebens ein Mann war, bis sie sich vor einem Jahr zu einer Geschlechtsumwandlung entschieden hat, ist überzeugt, dass gerade Offenheit bei diesem Thema sehr viel bewirken kann. «Bei vielen Menschen, die mit mir nach meiner Geschlechtsumwandlung gere-

wachsen lassen.» Sie befürchtet aber, dass viele konservative Kreise den Auftritt des österreichischen Transvestiten beim Eurovision Song Contest als Provokation auffassen könnten.

Womit Jil nicht ganz unrecht hat – liest man den Facebook-Eintrag von Niko Trlin, dem Präsidenten von Neue Heimat Zug. Der Verein richtet sich gemäss Homepage an «gut integrierte Ausländer, die für die Werte der Schweiz einstehen». Trlin wörtlich: «Auch die Geschlechterfrage soll langsam wegrationalisiert werden, um somit den familiären Zusammenhalt sowie die bestehenden Werte zu schwächen und zu verwässern. Es soll normal erscheinen, dass sich Männer als Frauen verkleiden und operieren oder umgekehrt. Es soll völlig normal sein, eine Liebhaberin neben der Ehefrau zu haben. Es soll völlig normal sein, die eigenen Kinder nur alle zwei Wochen besuchen zu dürfen, falls man geschieden ist.» Es sei nur nicht mehr normal, eine funktionierende Familie zu haben, in der man sich gegenseitig schätze und respektiere und miteinander die Zukunft plane.

Auch ein «Medienhype»

Aber auch «offenere Kreise» relativieren den Symbolwert von Conchita. Tom Huber, Streetworker von Männer Zug, findet zwar, dass der Erfolg der Sängerin, ja bereits deren Zulassung zu diesem Wettbewerb, dazu beigetragen habe, den «Horizont» dieses eher konservativen Events zu sprengen und für solche sexuelle Fragen zu öffnen. Er gibt dennoch zu bedenken, dass das Ganze eben ein «Medienhype» sei und einen starken kommerziellen Hintergrund habe. «Herr und Frau Durchschnittsschweizer werden die zweifellos sympathische und gewinnende Ausstrahlung von Conchita Wurst auf sich wirken lassen – am Ende aber doch wieder auf Grunddistanz gehen.»

WOLFGANG HOLZ
wolfgang.holz@zugerzeitung.ch



Conchita Wursts Sieg als Symbol wachsender Toleranz – auch in Zug?

Keystone